

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	190 8
Verhandlung		Drucksache:	161/2022
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	28.06.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Ergebnisse der Evaluierung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Stuttgart 2004 - 2006 mit Hinweisen für die Fortschreibung		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 31.05.2022, öffentlich, Nr. 168
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 20.05.2022, GRDRs 161/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der "Evaluierung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Stuttgart 2004 - 2006 mit Hinweisen für die Fortschreibung" wird zur Kenntnis genommen und dient als Grundlage für die Weiterentwicklung des STEK.
2. Von den beschriebenen Qualitätskriterien und dem Prozessvorschlag wird Kenntnis genommen.
3. Der weitere Prozess, die Ziele und die Schwerpunkte (thematisch, räumlich und prozessual) für die neue Stadtentwicklungsperspektive werden im Rahmen einer Klausurtagung des Gemeinderats weiterentwickelt und detailliert.

StRin Schiener (90/GRÜNE) lobt mit Nachdruck den Abschlussbericht sowie die gestrige Veranstaltung der Verwaltung für die Fachöffentlichkeit. Von StR Dr. Vetter (CDU) wird aus der Vorlagenseite 37 zitiert: "Wenn die Wirtschaft stark bleibt, dann bleibt auch

die Stadt attraktiv". Diesen Satz erachtet er als den bedeutendsten Satz des Stadtentwicklungskonzepts. Für die LHS sei es elementar wichtig, diesen Punkt zu verinnerlichen. Als spannend empfindet er es, dass die Stadtverwaltung im Konzept Selbstkritik an ihrer Arbeitsweise übt. Eingebunden in den weiteren Prozess gehörten die täglich 300.000 Einpendler*innen nach Stuttgart sowie bezahlbarer Wohnraum und andere angesprochene Themen. Im Konzept sei die Wirtschaft zu kurz gekommen. Seine Fraktion freue sich auf den Visionsprozess. Durch StRin Schanbacher (SPD) wird angemerkt, die Vorlage habe sie mit großem Interesse gelesen. Bedauerlich sei, dass sich kein/e Pressevertreter/in bei diesem Tagesordnungspunkt (TOP), der ihrer Auffassung nach eigentlich zu Beginn der Tagesordnung hätte aufgerufen werden müssen, mehr im Sitzungssaal befinde, obwohl das Thema eigentlich die Basis für zukünftiges Handeln sein sollte. Sie nennt aus der Vorlage folgende Handlungsfelder: Gerechte Wohnraumversorgung bleibt eines der dringendsten Themen der Stadt, aktive Liegenschaftspolitik, Mobilität städteverträglich gestalten. Dieser Themen müssen sich die Verwaltung und die Kommunalpolitik annehmen. In den Visionsprozess könne nicht gegangen werden, ohne im Vorfeld darüber gesprochen zu haben, ob alle Ratsmitglieder beispielsweise die "Lessons Learned" teilen. Im Verlauf der Aussprache weist BM Pätzold darauf hin, dass die städtische Pressestelle noch im Sitzungssaal anwesend ist.

Sein Anliegen, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), sei, heute mit der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts endlich voranzukommen. Die Prozessgrafik mache deutlich, dass bereits viele Aktivitäten in den Prozess eingeflossen seien. Es gebe gute Ansätze, alles zu verbinden. StRin Köngeter (PULS) betont, dass kein reines räumliches Leitbild erarbeitet werden soll. Schon das evaluierende Büro habe auf die Vielschichtigkeit hingewiesen. Die inhaltliche Diskussion müsse in der Gemeinderatsklausur im November stattfinden.

Die Vorbereitung dieser Klausur, um dort zu einem zukunftsweisenden Ergebnis zu kommen, hinterfragt StRin Schiener. StRin Schanbacher möchte darüber informiert werden, wie und wann die Ausgangslage für den Visionsprozess diskutiert wird und wie dieses mit dem Nachhaltigkeitsbericht zusammengeführt werden kann. Wenn tatsächlich Dinge verändert werden sollen, fordert sie zudem, den Prozess an sich zu überdenken. Entscheidend ist für StR Rockenbauch, dass sich der Rat in der Klausur dem Prozess mutig stellt. Die Ausgangslage gehöre im Rat, aber auch im Prozess selbst diskutiert. Den bestehenden und sich abzeichnenden Herausforderungen müsse man sich stellen, und daraus müssten dann Schlüsse darüber erfolgen, wie zukünftige Ziele aussehen könnten.

StRin Schiener bittet darüber informiert zu werden, wann das Begleitbüro für diesen langjährigen Prozess auf welcher Basis beauftragt werden soll. Für StR Rockenbauch muss die heutige Beschlussfassung zu Konsequenzen führen. So müsse die Verwaltung alle Vorbereitungen für die Durchführung des Prozesses treffen können. Beispielsweise würden Begleitbüros, Expertise und Unterstützung benötigt. Die dazu erforderlichen Ausschreibungen müssten so vorbereitet werden, dass sich Ergebnisse in die Diskussion bei der Klausur einbauen lassen. Diese Schritte dürften nicht durch notwendige politische Diskussionen blockiert werden. Die bereitstehenden Haushaltsmittel müssten bereits für diesen Prozess eingesetzt werden. Danach, und hier stimmt er mit StRin Schanbacher überein, nach Vorlage des Konzeptes in zwei, drei Jahren, müsste bereits eine Prozessidee zur Überarbeitung anstehen. Lernen höre nicht auf. Als lobenswert bezeichnet er Überlegungen dazu, wie die Synthese durchgeführt werden

kann, damit das Endprodukt, der strategische Rahmen, von der Gesamtverwaltung, einer politischen Mehrheit und der Bürgerschaft mitgetragen wird.

Laut BM Pätzold ist es das Ziel der Verwaltung, dass in der Klausur die inhaltliche Diskussion stattfindet. Die Ausschreibung für das begleitende Büro werde jetzt vorbereitet; ausgegangen werde davon, dass mit der Klausur tatsächlich der Start für den Prozesseinstieg erfolge. Natürlich müsse in der Klausur über Dinge wie den Sachstand, den Ausblick und den Prozess gesprochen werden. Der Verwaltung sei an zügigen Abläufen gelegen. Man bereite Gespräche mit dem Referat AKR zur Vorbereitung der Klausur und über die dortige Einbettung des Beratungsthemas vor.

Anschließend ergänzt Herr Dr. Oediger (ASW), den Hinweis von StRin Schiener, ein Datum im Evaluierungsbericht vorzusehen, nehme er gerne mit.

Gegenüber StRin Schanbacher führt er an, es sei kein lineares Verfahren vorgesehen. Es werde immer wieder Rückkopplungsschleifen im Sinne eines zirkulären Verfahrens geben. Das Prozessbild sei bereits jetzt sehr komplex. Wenn Weiteres eingebaut würde, bestünde die Gefahr der Unlesbarkeit.

An StR Rockenbauch gewandt fährt er fort, die Verwaltung rechne damit, dass für das übergeordnete Leitbild, für die verschiedenen Raumstrategien und für die Synthesephase, also für alle drei Produkte, jeweils ein Jahr benötigt werde. Dies schließe stets eine umfangreiche Beteiligung ein.

Für StRin Schanbacher stellt sich die Frage, ob das Angesprochene nicht Thema einer Generaldebatte im Gemeinderat sein müsste. Die Öffentlichkeit habe schließlich ein großes Interesse daran, wo die Stadt stehe und in welche Prozesse sie sich begeben. Zudem wolle die Öffentlichkeit sehen, ob die Ausgangslage des Konzeptes geteilt werden könne. Die Diskussion in der Klausur kommt für sie zu spät.

Dieses, so BM Pätzold, müsse der Rat mit sich ausmachen. Der Rat habe ja festgelegt, dass er zunächst sich in eine Klausur begeben wolle, um dort das Stadtentwicklungskonzept und den Visionsprozess zu diskutieren. Die Frage stelle sich, wann, davor oder danach, wolle denn der Gemeinderat eine Generaldebatte vorsehen. Dies sei keine Entscheidung der Verwaltung, sondern diese Entscheidung obliege dem politischen Gremium.

Abschließend stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. OB/82
 3. L/OB-RZ
 4. S/OB
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
 5. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 6. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 7. Referat SOS
Amt für Sport und Bewegung (2)
 8. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (22)
 9. *Referat SI*
Sozialamt
 10. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
 11. Amt für Revision
 12. L/OB-K
 13. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand